

# **Haushaltsrede zur Kreistagsitzung**

**am 11.12.2014**

**Es gilt das gesprochene Wort**

Herr Landrat,

sehr geehrte Damen und Herren,

liebe Kolleginnen und Kollegen,

die FDP hatte in diesem KT nie die Mehrheit. Wir gehörten immer zu den „Kleineren“.

Die FDP-Fraktion hat sich aber immer als Mit-Gestaltungskraft der Kreispolitik empfunden und entsprechend gehandelt.

Heute stehe ich erstmals als Oppositionsvertreter vor Ihnen.

Das ist nicht nur für mich ein novum!

Das ist ein novum für diesen KT, denn wir stehen in dieser Wahlperiode zum 1. Mal einer formellen „Regierungskoalition“ gegenüber.

Auch wenn die Zusammenarbeit von CDU und FDP in der Vergangenheit häufig in der Öffentlichkeit als „Koalition“ bezeichnet wurde, handelte es sich tatsächlich um die Verabredung einer konstruktiven und vertrauensvollen Zusammenarbeit mit dem – ich zitiere- „Hauptziel der Bewahrung der Handlungsfähigkeit des Kreises aus eigener Kraft.“

Gemeint war damit natürlich eine sparsame Haushaltsführung.

Die ganze Vereinbarung umfasste eine ¼ DIN-A4 Seite!

Das Ergebnis dieser Zusammenarbeit ist ein durchaus gesunder Haushalt, der in den letzten Jahren durchweg fraktionsübergreifend beschlossen wurde.

Dafür danke ich ausdrücklich allen, die daran mitgewirkt haben!

Das Zusammenbinden von CDU und Grünen bedurfte eines Koalitionsvertrages von sage und schreibe 16 Seiten Text!

Vielleicht hat der eine oder andere von Ihnen Zeit und Muße das Werk demnächst einmal zu studieren. Steht auf der CDU-homepage ganz oben.

Ich hab`s mir sogar ausgedruckt, denn ich fürchte, wir müssen in den kommenden Jahren noch häufiger darauf zurückkommen.

Kurioserweise lautet der 1. Satz Zitat: „ Bei der Kommunalwahl am 25. Mai 2014 haben die Wählerinnen und Wähler über die Zusammensetzung des Kreistages und damit über die Ausrichtung der Politik des RBK entschieden.“

Naja, der Wählerwille scheint zumindest interpretationsfähig zu sein.

Herr Müller hat in den vergangenen Jahrzehnten nie aufgehört, den Zusammenhalt der –wie er es nannte- „bürgerlichen Mitte“ einzufordern.

Ich selbst habe diesen Begriff nie benutzt.

Tatsächlich hat aber auch in diesem KT eine sog. Bürgerliche Mitte von CDU, FDP und FW eine Mehrheit.

Eine knappe Mehrheit, aber eine Mehrheit!

Die Erfahrung lehrt, dass knappe Mehrheiten auf parlamentarische Demokratien ausgesprochen positiv wirken.

Ganz offensichtlich ist sich aber die Partei-Führung der Kreis-CDU der Überzeugungskraft ihrer Politik bei den eigenen Mitgliedern nicht so sicher!

An der Zuverlässigkeit der FDP kann`s nachgewiesenermaßen nicht liegen!

Herr Müller hat jedenfalls sein Hauptziel erreicht:

Die schwarz-grüne „Koalition“ hat eine satte Mehrheit, so dass er auf „Wackel-Kandidaten“ in den eigenen Reihen keine Rücksicht nehmen muss!

Ich hoffe sehr, dass sich alle Akteure ihrer Verantwortung für alle Bürger des RBK bewusst sind.

Für die FDP-Fraktion biete ich auch weiterhin eine konstruktive Mitarbeit an.

Ich werde nicht der Versuchung erliegen, nur um der Oppositionsrolle gerecht zu werden, permanent auf die Regierungskoalition einzudreschen.

Liebe Kollegen u. Kolleginnen, an Ihren Taten werden Sie gemessen werden!

Ich prophezeie, die erste Nagelprobe wird Ihr Umgang mit dem LEP werden.

Bedenklich sind die schockierenden Kommentare von Landwirten und Unternehmern im Kreis, die durch den LEP des grünen Landesministers Remmel in ihren Potenzialen und Zukunftsentwicklungen erheblich eingeschränkt werden.

Jetzt sind die Grünen, die diese Politik vertreten, im Kreis mit der CDU in der Verantwortung.

Vergleichbares Konfliktpotential steckt im kreisweiten Gewerbeflächen-Konzept.

Wir Liberalen sagen: Natur- und Landschaftsschutz ja, aber es muss mehr Zukunftsentwicklung bei den Flächen geben, die durch die grüne Politik im Land und Kreis sicherlich nicht vorangetrieben werden.

Wie sollen wir im Kreis den demographischen Wandel schaffen, ohne neue Flächen für Familien, Unternehmen und Landwirtschaft?

Hier im Bergischen bedeuten die Pläne der Grünen Behinderung und Bürokratie; und die CDU hier vor Ort hat jetzt mit den Kollegen der Grünen den für uns nur schwer nachvollziehbaren Schulterchluss vollzogen.

Das Fass der Verkehrssituation in der Kreisstadt will ich hier nicht aufmachen, aber hier handelt es sich nicht allein um das Problem einer Kommune. Der Verlust mehrerer bedeutender Unternehmen trifft den Gesamtkreis.

Auf die schwarz-grüne Richtung bin ich gespannt!

Zu Recht betrifft Punkt I. der schwarz-grünen Koalitionsvereinbarung die Finanzen.

Im Kern lautet die Aussage:

Fortführung der sparsamen Haushaltsführung und Entlastung der Kommunen durch eine niedrige stabile Kreisumlage.

Richtig so!!

Genau in diesen Kontext passt der FDP-Antrag zur Erschließung weiterer Einsparpotentiale und zum Dialog über Aufgabenkritik und Kooperationen mit den Städten und Gemeinden im RBK.

Ich gehe also von einer breiten Zustimmung aus; zumal dieser Antrag keine zusätzlichen Kosten verursacht, sondern Einsparungen zum Ziel hat.

Ganz im Gegensatz dazu, sehen 3 von 5 Anträgen der Koalition Mehrausgaben vor, die im Budgetplan nicht berücksichtigt sind und nur durch eine weitere Entnahme aus der Ausgleichsrücklage gedeckt werden können. Nur der Vollständigkeit halber erinnere ich daran, dass bei Abschmelzen der Ausgleichsrücklage auf 0,0 die Kreisumlage angepasst werden muss.

Über die Anträge wird ja noch zu diskutieren sein.

Da meine Vorredner aber schon einiges zur Begründung gesagt haben, auch hier schon die Haltung der FDP-Fraktion in ihren Grundzügen:

Es handelt sich um Anträge mit 5 bzw. 6-stelligen Beträgen.

Die Anträge kamen gerade noch fristgerecht zum KA.

Es gab keine Möglichkeit zur Diskussion in den Fachausschüssen.

Es gab keine Stellungnahme der Verwaltung. Die wurde dann teilweise nachgeliefert.

Selbst die Antragsteller hatten bei den Anträgen offensichtlich Begründungsschwierigkeiten:

Im Falle der Stelle des Breitbandkoordinators wird schlicht in den Raum gestellt, dass die Aufgabe aus den bestehenden Personalressourcen nicht mehr bewältigt werden kann.

Woher weiß die Politik das?

Die FDP-Fraktion steht voll hinter dem Ziel einer flächendeckenden Breitbandversorgung des Kreisgebietes!

Wir sehen auch die Notwendigkeit einer externen Beratung.

Diese sollte unseres Erachtens über die RBW mit Rückgriff auf das Sondervermögen organisiert werden.

Die Schaffung einer zusätzlichen Stelle für die Koordination beim Kreis halten wir allerdings für zumindest verfrüht.

Die Verwaltung sollte die Koordinationsaufgaben – wenn eben möglich – mit „Bordmitteln“ leisten.

Für ein Mobilitätskonzept werden von schwarz/grün locker 100.000,-- Euro verlangt mit dem Hinweis, über die konkrete Verwendung soll demnächst im Fachausschuss entschieden werden.

Wir hier alle sind lange genug im Geschäft um zu wissen, dass es im Ausschuss dann lapidar heißen wird, die Mittel stehen im H.H. zur Verfügung.

Hier stimmt aus FDP-Sicht schon die Reihenfolge nicht.

Die Zieldefinition muß zwingend vor der Beauftragung eines Gutachtens stehen!



Über das Thema Mobilität – das uns allen fraktionsübergreifend am Herzen liegt – haben wir an gleicher Stelle im vergangenen Jahr diskutiert.

Soweit ich informiert bin, sind die dafür vorgesehenen 40.000,-- EURO

bis heute nicht verausgabt.

Und jetzt werden von der Koalition weitere 100.000,-- Euro beantragt.

Wie wenig durchdacht dieser Antrag ist, zeigt sich schon an der Tatsache, dass der Betrag ganz dezidiert der Produktgruppe 09.840 zugeordnet werden soll.

In der Produktgruppe geht es um die Kreisentwicklung.

Schon zutreffend, aber der gesamte Bereich ÖPNV gehört gar nicht dazu.

Sollte das wirklich so gemeint sein, interessiert uns der Hintergrund.

Auch zum Haupt-Konflikt-Thema dieser Sitzung will schon hier für meine Fraktion klar Stellung beziehen:

Nach den Ausführungen meiner Vorredner brauche ich die Problematik der beiden unterschiedlichen Anträge zur Schulsozialarbeit nicht zu wiederholen.

Entscheidend für die Abstimmung ist die Grundfrage, für wie wichtig wir die Schulsozialarbeit halten!

Wir müssen feststellen, dass sich die schwarz/rote Bundesregierung aus der Förderung zurückzieht und in diesem Bereich Herr Schäuble eine schwarze Null auf Kosten der Kreise und Kommunen schreibt.

Das rot/grün regierte Land NRW springt mit einer 60%-Förderung teilweise ein.

Woher die Kommunen die 40% Eigenanteil nehmen sollen, interessiert die Landespolitiker offensichtlich nicht.

Dass die Förderung dazu noch unterschiedlich hoch gewährt wird und auf 3 Jahre begrenzt ist, spricht für sich!

Die FDP-Fraktion hält die Schulsozialarbeit für unverzichtbar, weil in der heutigen Schullandschaft die Sozialarbeit an Schulen und im Bereich Bildung zu einem ganzheitlichen Konzept gehört, in dem Kinder und Jugendliche gefördert, begleitet und ermutigt werden.

Ob es uns passt oder nicht, in unserer Gesellschaft sind Eltern, Lehrer und Erzieher oftmals den Anforderungen nicht gewachsen.

Auch unser zu Recht hochgelobtes Bildungsnetzwerk ist beteiligt, weil sich Schüler auch bei beruflichen Zukunftsfragen und Sorgen an die Schulsozialarbeit wenden.

Es geht um Chancengerechtigkeit und Zukunftsperspektiven!

Tatsächlich gehört heute die Schulsozialarbeit originär zum Gesamtkonzept Schule.

Damit ist sie eine Landesaufgabe und ich hoffe, dass Sie Herr Zorn auf Ihre Kollegen in der Landesregierung einwirken können, diese Aufgabe langfristig zu sichern.

Die Lehrer werden ja auch nicht von den Schulträgern bezahlt!

(Ob es Zweck hat diesen Appell auch an die Kollegen/innen der Fraktion der Grünen zu richten, weiß ich ehrlich gesagt nicht.

Frau Ehren, Ihre Unterschrift unter dem CDU/Grünen Antrag hat mich persönlich sehr irritiert!)

Da ein Umschwenken der Landesregierung aber mit Sicherheit nicht zum Schuljahr 2015/2016 gelingen wird, sieht meine Fraktion aktuell keine andere Möglichkeit als in den sauren Apfel zu beißen und die fehlenden 40% Kostenanteil über den Kreishaushalt zu decken.

Natürlich wissen wir alle, dass diese Kostenübernahme letztlich auf die Kreisumlage durchschlägt.

Den Letzten beißen die Hunde; und das sind in der föderalen Hierarchie die Städte und Kommunen.

In der derzeitigen Situation sind die Kommunen unseres Kreises faktisch und rechtlich nicht in der Lage, die Kosten in angemessener Höhe in ihren Budgets unterzubringen.

Wir dürfen nicht zulassen, dass durch falsche Prioritätensetzung der Bundes- und Landespolitik junge Menschen auf der Strecke bleiben!

Diese Notlösung kann nur eine zeitlich begrenzte Überbrückungshilfe sein bis sich Bund und Land endlich einigen.

Darum sollten wir diese Finanzierung nicht schon heute für 3 Jahre beschließen.

Der Druck muss aufrecht erhalten werden.

Es wird den einen oder anderen wundern, dass die FDP einer überplanmäßigen Ausgabe das Wort redet, aber auf der anderen Seite hat die FDP den einzigen Antrag dieser Haushaltberatungen gestellt, der bei konsequenter Handhabung zu Einsparungen auch auf Ebene der Kommunen führen wird.

Mit Blick auf die Zahl der noch folgenden Redner komme ich zum Schluss und bedanke mich – einer guten Tradition folgend – beim Verwaltungsvorstand, der Kämmerei, dem Personalrat und allen Mitarbeitern der Verwaltung sowie den Kollegen und Kolleginnen des

Keistages für die angenehme Zusammenarbeit im vergangenen Jahr  
und wünsche Ihnen alles Gute für das kommende Jahr.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit

Bert Höhne

FDP-FraVo